



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT  
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE  
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

20. Mai 1992

Décision

Decisione

Bundesgesetz über schweizerische Blauhelmtuppen

Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens  
 und weiteres Vorgehen

Aufgrund des Antrags des EDA und des EMD vom 8. Mai 1992

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesgesetz über schweizerische Blauhelmtuppen wird Kenntnis genommen.
2. Das Vernehmlassungsergebnis wird veröffentlicht. Der Bericht wird an die Presse und auf Verlangen auch den angehörten Kreisen sowie weiteren Interessenten abgegeben.
3. EDA und EMD werden beauftragt, eine Botschaft auszuarbeiten.
4. Der institutionelle Geltungsbereich wird auf die KSZE erweitert.

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
		EDI		
	X	EJPD	5	-
X		EMD	5	-
	X	EFD	7	-
		EVD		
		EVED		
	X	BK	3	-
		EFK		
		Fin.Del.		

Für getreuen Protokollauszug:

*Micaela Müller*



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DEPARTEMENT FEDERAL DES AFFAIRES ETRANGERES

EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT  
DEPARTEMENT MILITAIRE FEDERAL

983.79-001

3003 Bern, 8. Mai 1992

Ausgeteilt

An den Bundesrat

**Bundesgesetz über schweizerische Blauhelmtruppen**

**Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens  
und weiteres Vorgehen**

---

1. Ausgangslage

Mit dem Beschluss vom 9. Dezember 1991 ermächtigte der Bundesrat EDA und EMD, den Entwurf eines Bundesgesetzes über schweizerische Blauhelmtruppen den Kantonen, politischen Parteien und interessierten Organisationen zur Vernehmlassung zu unterbreiten. Dem Gesetzesentwurf wurde ein erläuternder Bericht beigelegt, der über Wesen und Merkmale von friedenserhaltenden Operationen der UNO Auskunft erteilt, über Organisation und Aufgaben von Blauhelmtruppen informiert, sowie die politischen, rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Aspekte im Hinblick auf Aufstellung und Einsatz eines schweizerischen Blauhelmkontingents darstellt.

Die Vernehmlassungsfrist lief am 16. März 1992 ab. Insgesamt gingen 42 teilweise verspätete Stellungnahmen ein (alle Kantone, 8 Bundesparlamentsparteien, 1 weitere Partei, 5 begrüßte Organisationen, 3 weitere Organisationen/Gruppierungen).

## 2. Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens sind im beiliegenden Bericht des EDA und des EMD zusammengefasst, welcher dem Bundesrat hiermit zur Kenntnisnahme unterbreitet wird. Die wesentlichen Resultate lassen sich wie folgt zusammenfassen:

### 2.1. Generelle Beurteilung

Der vorgelegte Gesetzesentwurf wurde von der überwältigenden Mehrheit der Kantone, politischen Parteien und interessierten Organisationen als zeitgemässer Ausdruck Guter Dienste und internationaler Friedensförderung begrüsst, wenn auch mit einigen Vorbehalten und Änderungsanträgen. Einzig die Autopartei lehnte den Entwurf kategorisch ab. Der Verband schweizerischer Polizeibeamter ist der Meinung, dass vorerst eine Miliztruppe zum Schutze diplomatischer Einrichtungen und Konferenzen in der Schweiz geschaffen und diese nur nach einem UNO-Beitritt der Schweiz, für friedenserhaltende Operationen im Ausland eingesetzt werden sollte.

### 2.2. Grundsätze

Änderungsanträge bezogen sich auf zwei wesentliche Bereiche:

- a) BE, FR, VS, TI, GE, JU sowie SVP und die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA) forderten eine Erweiterung im Sinne eines Gesetzes, das Grundlagen für Organisation und Einsatz sowohl für Blaumützen als auch für Blauhelme schafft;
- b) CVP, FDP und SGA befürworteten eine Erweiterung des institutionellen Rahmens mit dem Ziel, schweizerische Friedenstruppen auch anderen internationalen Foren, wie z.B. der KSZE zu Verfügung stellen zu können.

### 2.3. Voraussetzungen für den Einsatz

Verschiedene Kantone und Parteien setzten sich für eine präziser festgelegte Kompetenzzuweisung zwischen EDA und EMD ein. Während mehrere Kantone und die CVP ausdrücklich auf eine Abgrenzung der Kompetenzen nach politischen Funktionen (EDA) und organisatorisch/operationellen Aufgaben EMD tendierten, verlangten GPS, SPS und Schweizerischer Friedensrat (SFR) vollständige Führungsverantwortung durch das EDA. Angeregt wurde ferner die Präzisierung operationeller Belange in einer speziellen Verordnung.

Sofern Armeeangehörige kantonaler Formationen für einen Blauhelmeinsatz vorgesehen sind, verlangten ZH, OW, AI und GR, durch den Bund angehört zu werden.

Verschiedene Kantone geben zu bedenken, dass beim Entscheid über künftige Einsätze die spezifischen Grenzen unseres Milizsystems zu berücksichtigen seien.

### 2.4. Freiwilligkeit

Zahlreiche Stellungnahmen betonten den zentralen Stellenwert der Freiwilligkeit für jegliche Rekrutierung im Bereich friedenserhaltender Einsätze.

### 2.5. Anrechnung an die Militärdienstpflicht

Für grosszügige oder volle Anrechnung setzten sich unter Hinweis auf mögliche Risiken für Leib und Leben ausdrücklich NW, BS, BL, VD, Grüne Partei (GPS), Liberale Partei (LPS), SPS und SFR ein.

Keine oder beschränkte Anrechnung befürworteten BE, UR, FR, VS und JU. Diese Kantone argumentierten mit der Besonderheit eines durch den Bund nach zivilen Kriterien bezahlten Blauhelmeinsatzes.

## 2.6. Strafrechtliche Verantwortung

Während CVP und SVP spezifische Ergänzungen beantragten, bezweifelten BS, SPS und SFR die Opportunität einer Unterstellung von Blauhelmangehörigen unter die Militärjustiz.

## 2.7. Kosten

AI, GR und CVP beurteilten die im erläuternden Bericht aufgeführten voraussichtlichen Kosten als zu hoch und verlangten die Neubeurteilung dieses Aspekts.

Was die Kostenaufteilung zwischen EDA und EMD betrifft, so lehnten die überwiegende Mehrheit der Kantone eine volle Übernahme durch das EMD ab. Während UR, LU, GL, FR, SO, BL, GR und VD eine Aufteilung zwischen EDA und EMD befürworteten, forderten ZH, UR, OW, VS, TI und JU mit Hinweis auf die bereits beschlossenen Budgetkürzungen des EMD und die Zuständigkeit des EDA in aussenpolitischen Belangen die volle Übernahme der Kosten durch das EDA.

## 2.8. Standort des Ausbildungszentrums

Grundsätzlich ist unbestritten, dass die Ausbildung in der Schweiz erfolgen soll. Von den entsprechenden Kantonen wurden Bern/Langnau, Genf und Bure als Standorte für den Ausbildungsplatz für Blauhelme empfohlen. GL, BS und BL regten an, die Möglichkeiten der Ausbildung im Ausland zu prüfen. Sie betonten dabei ökonomische und politische Vorteile.

## 3. Weiteres Vorgehen

Die einzige Änderung bzw. Ergänzung von grundsätzlicher Tragweite, die im Vernehmlassungsverfahren angeregt wurde

und bejahendenfalls auf Gesetzesstufe berücksichtigt werden müsste, ist die Erweiterung des Geltungsbereichs des Gesetzes auf friedenserhaltende Aktionen ausserhalb der UNO. Da auf diesem Gebiet, namentlich in der KSZE, mit raschen Entwicklungen gerechnet werden muss, erscheint es nicht als zweckmässig, zu deren Abdeckung auf die allgemeine Grundlage für den Einsatz bewaffneter schweizerischer Kontingente zu warten, wie sie das neue Militärgesetz bringen wird. Dies umso weniger, als die Komplexität des Letztgenannten eine gewisse Gefahr für dessen schnelle Verabschiedung und Inkraftsetzung darstellen könnte.

Der Schweiz sollte von Anfang die volle Mitwirkungsmöglichkeit bei allfälligen friedenserhaltenden Aktionen der KSZE gesichert werden (insofern den auch für schweizerische UNO-Blauhelmeinsätze geltenden Voraussetzungen hinsichtlich der Zustimmung der Konfliktparteien, der Freiwilligkeit der Teilnahme und des alleinigen Waffengebrauchs zur Selbstverteidigung genügt wird). Deshalb sollte der Geltungsbereich des Gesetzes auch den Einsatz bewaffneter schweizerischer Kontingente im Rahmen der KSZE erfassen.

Von einer Erweiterung auf weitere Foren, über die UNO und die KSZE hinaus, ist indessen im heutigen Zeitpunkt abzusehen. Das Fehlen einer erprobten Praxis - wie sie namentlich die UNO bei ihren friedenserhaltenden Aktionen kennt - lässt es im Lichte des Rechtsetzungsgrundsatzes der klaren Umschreibung des zu regelnden Tatbestands nicht als angezeigt erscheinen, den Anwendungsbereich über die der Schweiz wenigstens in ihren Beschlussfassungsmodalitäten vertraute KSZE hinaus zu erweitern.

Schliesslich soll - sowohl im Rahmen der UNO wie in der KSZE - an der Annahme des Vernehmlassungstexts festgehalten werden, dass Einsätze von unbewaffnetem Personal, seien sie militärischer oder ziviler Natur, wie sie schon bisher von der Schweiz mitgetragen worden sind, keiner zusätzlichen

Rechtsgrundlage bedürfen und daher nicht von diesem Gesetz geregelt werden müssen. Die Verordnung vom 22.2.1989 über den Einsatz von Personal bei friedenserhaltenden Aktionen und Guten Diensten (SR 127.229.104.4) bietet dafür eine ausreichende Grundlage. Im Interesse der Wahrung einer möglichst grossen Handlungsfreiheit des Bundesrates in seiner verfassungsmässigen Kompetenz zur Führung der Aussenpolitik soll es damit sein Bewenden haben.

#### 4. Ämterkonsultation

Konsultiert wurden: BK, BJ, EFV. Dem Antrag erwuchs keine Opposition.


#### 5. Schlussfolgerung

Die Kantone, die im Eidg. Parlament vertretenen Parteien (mit Ausnahme der Autopartei) und begrüsst Organisationen befürworten die Schaffung Schweizerischer Blauhelmtruppen. Der Ausarbeitung von Botschaft und Gesetzesentwurf einschliesslich der Erweiterung des Geltungsbereichs auf die KSZE steht somit nichts im Wege.

#### 6. Antrag


Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. DEPARTEMENT  
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN



R. Felber

EIDG. MILITAERDEPARTEMENT



K. Villiger

Beilagen

- Bericht über die Vernehmlassungsergebnisse (d und f)
- Beschlussentwurf

zum Mitbericht an:

- EJPD
- EFD
- BK

Protokollauszüge an:

- EMD, zum Vollzug
- EDA, zum Vollzug
- EJPD )
- EFD ) je 2 zur Kenntnis
- BK )



## Bundesgesetz über schweizerische Blauhelmtruppen

---

Aufgrund des Antrags des EDA und des EMD vom

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

### beschlossen:

1. Vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesgesetz über schweizerische Blauhelmtruppen wird Kenntnis genommen.
2. Das Vernehmlassungsergebnis wird veröffentlicht. Der Bericht wird an die Presse und auf Verlangen auch den angehörten Kreisen sowie weiteren Interessenten abgegeben.
3. EDA und EMD werden beauftragt, eine Botschaft auszuarbeiten.
4. Der institutionelle Geltungsbereich wird auf die KSZE erweitert.

Für getreuen Auszug,

## Bundesgesetz über schweizerische Blauhelmtruppen

(Beitrag zur internationalen Friedensförderung durch Entsendung eines schweizerische Blauhelmkontingents; gesetzliche Grundlage für Organisation und Aufbau eines entsprechenden Kontingents)

**Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens**

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
0. VORBEMERKUNGEN	1
1. VERZEICHNIS DER EINGEGANGENEN STELLUNGNAHMEN	2
1.1. Kantone	2
1.2. Bundesparlamentsparteien	2
1.3. Weitere Parteien	2
1.4. Begrüsste Organisationen	2
1.5. Weitere Organisationen / Gruppierungen	2
2. GENERELLE BEURTEILUNG DER VORLAGE	3
2.1. Kantone	3
2.2. Bundesparlamentsparteien	3
2.3. Weitere Parteien	4
2.4. Begrüsste Organisationen	4
2.5. Weitere Organisationen / Gruppierungen	4

	<u>Seite</u>
3. STELLUNGNAHMEN ZU EINZELNEN BESTIMMUNGEN	5
3.1. Grundsätze	5
3.1.1. Art.1 (Schweizerische Blauhelmtruppen)	5
3.1.2. Art.2 (Voraussetzungen für den Einsatz)	6
3.2. Rechtliche Stellung der Angehörigen	8
3.2.1. Art.3.(Freiwilligkeit)	8
3.2.2. Art.4 (Dienstverhältnis)	8
3.2.3. Art.5 (Anrechnung an die Militärdienstpfl.)	8
3.2.4. Art.6 (Militärversicherung)	9
3.2.4. Art.7 (Strafrechtliche Verantwortung)	9
3.3. Ergänzende Anregungen und Vorschläge	10
3.3.1. Kosten	10
3.3.2. Ausbildung	11
3.3.3. Standort des Ausbildungszentrums	11

## 0. VORBEMERKUNGEN

-----

Der Bundesrat stimmte am 14. März 1988 einem Konzept des EDA und EMD zu, das sich auf den Bericht über die Legislaturplanung 1987-1991 abstützt. Es sieht die verstärkte Förderung internationaler Anstrengungen zur friedlichen Beilegung von Konflikten in finanzieller, materieller und namentlich personeller Hinsicht vor.

In seinem Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz erklärte der Bundesrat die Friedensförderung zu einem sicherheitspolitischen Auftrag der Armee. Dazu soll auch die Entsendung von Blauhelmtrouppen gehören.

Zur Verwirklichung dieser sicherheitspolitischen Absicht hat der Bundesrat einen Gesetzesentwurf über schweizerische Blauhelmtrouppen ausgearbeitet und diesen mit Schreiben vom 10. Dezember 1991 den Kantonen, Bundesparlamentsparteien und interessierten Organisationen zur Vernehmlassung unterbreitet. Die auf den 30. März 1992 festgelegte Frist wurde eingehalten.

Insgesamt gingen 42 Stellungnahmen ein (27 Kantone, 8 Bundesparlamentsparteien, 1 weitere Partei, 5 begrüßte Organisationen, 3 weitere Organisationen/Gruppierungen).

Der vorliegende Bericht stellt eine Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse dar. Um diesen nicht zu überlasten, drängte sich eine gewisse Beschränkung auf wesentliche Grundzüge, Kritikpunkte und Anregungen auf. Die in Klammern gesetzten Abkürzungen bezeichnen jeweils, wer sich in besagter Weise oder in ähnlichem Sinne zu einem bestimmten Problem geäußert hat. Diese Aufzählungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

## 1. VERZEICHNIS DER EINGEGANGENEN STELLUNGNAMEN

---

### 1.1. Kantone

Alle Kantone ZH-JU

### 1.2. Bundesparlamentsparteien

Auto-Partei/Die Freiheitlichen	AP/F
Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz	CVP
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz	FDP
Grüne Partei der Schweiz	GPS
Landesring der Unabhängigen	LdU
Liberales Partei der Schweiz	LPS
Schweizerische Volkspartei	SVP
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	SPS

### 1.3. Weitere Parteien

Parti démocrate-chrétien Jura PDC-J

### 1.4. Begrüsste Organisationen

Landeskonferenz der militärischen Dachverbände	LMD
Gesellschaft Schweiz - Vereinte Nationen	GSVN
Schweizerischer Fourierverband	SFV
Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik	SGA
Schweizerisches Rotes Kreuz	SRK

### 1.5. Weitere Organisationen und Gruppierungen

Schweizerischer Friedensrat	SFR
Verband schweizerischer Polizeibeamter	VSPB
Vereinigung der Weltföderalisten der Schweiz	WFS

## 2. GENERELLE BEURTEILUNG DER VORLAGE

-----

### 2.1. Kantone

25 Kantone haben der Idee schweizerischer Blauhelme zugestimmt, oder sich entsprechender Kritik enthalten. Dabei wird in rund der Hälfte der Fälle darauf hingewiesen, dass kantonale Zuständigkeiten nur insofern betroffen werden, als Angehörige kantonaler Formationen für Blauhelmeinsätze in Betracht kommen, oder wenn es um die Standortfrage für den Ausbildungsplatz geht.

Trotz grundsätzlicher Zustimmung sehen zwei Kantone Grund zu Vorbehalten: für GR stellt sich die Frage der politischen Opportunität angesichts des klaren Votums von Volk und Ständen gegen den UNO-Beitritt; ZH setzt sich für prioritäres Vorantreiben der legislativen Grundlagen für Armee- und Zivilschutz-95 ein und möchte diese Geschäfte nicht durch gleichzeitiges Vorantreiben des Blauhelmgesetzes zusätzlich belasten.

### 2.2. Bundesparlamentsparteien

Sieben von acht Bundesparlamentsparteien unterstützen den vorliegenden Gesetzesentwurf in seiner Substanz. Dabei werden vor allem die internationale Solidarität mit der Staatengemeinschaft, der konkrete Beitrag zur Friedenspolitik, wie im Bericht 90 zur Sicherheitspolitik formuliert, sowie die Rolle der Armee in der Friedensförderung hervorgehoben.

FDP und LdU unterstützen den Entwurf entschieden, während CVP und LPS vor Perfektionismus warnen; die SVP sieht in der Aufstellung von schweizerischen Blauhelmen kein prioritäres Anliegen, da andere Staaten den vorhandenen Bedarf bereits jetzt weitgehend abdecken würden, und die Schweiz besser daran täte, sich auf Sanitätseinheiten zu konzentrieren.

Einzig die AP/F lehnt den Entwurf entschieden ab. Sie führt dabei folgende, ihr grundsätzlich erscheinende Argumente ins Feld: öffentlicher Widerstand der schweizerischen Bevölkerung gegen UNO-Soldaten; materielle und personelle Lücken der Armee, die

prioritär zu decken sind; finanzielle Überforderung der UNO bereits für die bestehenden Operationen; Widerstand gegen weitere personelle Aufstockung von EDA und EMD.

### 2.3. Weitere Parteien

Der PDC-J stimmt dem vorliegenden Entwurf zu.

### 2.4. Begrüsste Organisationen

Sämtliche der stellungnehmenden Organisationen unterstützen den Entwurf. Während sich das SRK im Hinblick auf seine Unparteilichkeit bewusst Zurückhaltung auferlegt, schlägt die SGVN die Prüfung einer phasenweisen Realisierung des Gesetzes vor, um nicht durch übertriebenen Perfektionismus das Projekt in seiner Gesamtheit zu gefährden.

### 2.5. Weitere Organisationen / Gruppierungen

WFS und SFR begrüßen schweizerische Blauhelmtuppen.  
Auch der VSPB befürwortet die Idee von schweizerischen Blauhelmtuppen. Er ist aber der Meinung, dass Miliztruppen ausgebildet werden sollten, die einstweilen für den Schutz diplomatischer Vertretungen und internationaler Konferenzen in der Schweiz eingesetzt werden sollten. Die Truppe könnte ihre Tätigkeit auf friedenserhaltende Missionen im Ausland ausweiten, wenn die Schweizerbevölkerung dem UNO-Beitritt zugestimmt hat.



### 3. STELLUNGNAHMEN ZU DEN EINZELNEN BESTIMMUNGEN

-----

#### 3.1. Grundsätze

##### 3.1.1. Art.1 (Schweizerische Blauhelmtruppen)

Die inhaltliche Beschränkung des Gesetzesentwurfs auf Aufstellung von Blauhelmtruppen zugunsten der Vereinten Nationen ruft Änderungsanträge in zweierlei Hinsicht hervor:

- Ausbau des vorliegenden Entwurfs in ein "Bundesgesetz über den Einsatz von schweizerischen Truppen im Rahmen friedenserhaltender Aktionen der Vereinten Nationen" (SVP), d.h. in eine gesetzliche Grundlage für Blauhelme und Blaumützen.  
Einen derartigen Ausbau befürworten die Kantone JU, GE, VS, TI, FR, BE, sowie die SGA.
- Der Kanton VD vertritt die Ansicht, dass für einen Blauhelmeinsatz sogar eine verfassungsmässige Grundlage geschaffen werden sollte.
- Erweiterung des institutionellen Rahmens insofern, als schweizerische Blauhelmtruppen auch anderen internationalen Organisationen und Institutionen, z.B. der KSZE, für friedenserhaltende Operationen zur Verfügung gestellt werden könnten (FDP, SGA). Die CVP teilt dieses Ziel, spricht sich aber für dessen Ausformulierung im neuen Gesetz über die Militärorganisation aus.

Die CVP beantragt die Änderung von Art.1<sup>2</sup> wie folgt: "Er legt Bestand, Zusammensetzung und Ausbildung dieser Truppen fest."

VD verlangt, dass Instruktoren und Angehörige der Blauhelmtruppen nicht an die Bestände von Armee-95 angerechnet werden.

### 3.1.2. Art.2 (Voraussetzungen für den Einsatz)

Die im Entwurf festgehaltene Bedingung, wonach für einen Blauhelmeinsatz das Einverständnis aller Konfliktparteien vorzuliegen hat, wird in verschiedenen Stellungnahmen als Kernpunkt für die Verträglichkeit zwischen Neutralität und schweizerischen Blauhelmenagement bezeichnet. Mit Ausnahme der AP/F werden von keiner Seite neutralitätspolitische Bedenken geäußert.

Wesentliche Lücken im vorliegenden Entwurf sehen NW und GR, die Elemente wie den maximalen Sollbestand, grundsätzliche Aspekte der Ausbildung, insbesondere die Benutzung bestehender Ausbildungsinfrastruktur, ebenfalls im Gesetzestext geregelt haben wollen.

Die eingegangenen Stellungnahmen zu Art.2 konzentrieren sich im wesentlichen auf folgende fünf Punkte: a) Informationspflicht der Bundesrats an das Parlament, b) Kompetenzabgrenzung zwischen EDA und EMD, c) Präzisierende Verordnungen, d) Mitspracherecht der Kantone, e) Einsatzfähigkeit.

a) Die LPS unterstützt grundsätzlich die Delegation des Einsatzentscheidens an den Bundesrat, wünscht aber in diesem Zusammenhang eine Berichtspflicht des Bundesrates an die ausserpolitischen Kommissionen der Räte.

b) Wie die Kompetenzen zwischen EDA und EMD zu regeln sind, wird unterschiedlich beurteilt: Die Kantone tendieren darauf, politische Beurteilung und Verhandlungen dem EDA zu übertragen, dem EMD soll ein Mitspracherecht hinsichtlich der konkreten Möglichkeiten eingeräumt werden; ebenso soll dem EMD die Führung der operationellen Belange obliegen (GL, FR, SO, BL, VD). Auch CVP und FDP setzen sich für eine klarere Definition der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten der beiden Departemente ein, wobei die CVP besonderes Gewicht auf

eine eindeutige Unterstellung des Kommandanten im Feld legt. Während SGA die Führungsverantwortung zwischen den beiden Departementen gleichgewichtig aufteilen will, sehen GPS und SFR das EDA als einzig verantwortliche Bundesstelle, die SPS schlägt im gleichen Sinn folgende Änderung vor: "(...) an das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten delegieren, das seinerseits für logistische Belange mit dem Eidgenössischen Militärdepartement zusammenarbeitet."

c) Von verschiedenen Seiten wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, den vorliegenden Entwurf durch eine noch zu schaffende Verordnung für operationelle Belange zu konkretisieren. In einer solchen Verordnung könnte auch die Kompetenzaufteilung zwischen EDA und EMD geregelt werden.

d) Im Zusammenhang mit präzisierenden Verordnungen erheben die Kantone ZH, OW, AI und GR die Forderung, durch den Bund angehört zu werden, wenn Armeeangehörige kantonaler Formationen für den Einsatz als Blauhelme vorgesehen sind. Es geht diesen Kantonen dabei vor allem darum, zu verhindern, dass kantonale Formationen kadermässig so weit geschwächt werden, dass deren Ausbildungsbetrieb in den Wiederholungskursen in Frage gestellt ist.

e) Obwohl nicht in direktem Zusammenhang mit dem Gesetzesentwurf stehend, betonen vor 4 Kantone (BE, ZH, OW, GR) die Notwendigkeit, bei einem allfälligen Einsatzentscheid sich des im Vergleich zu professionellen Streitkräften tieferen Ausbildungsstandes schweizerischer Blauhelme bewusst zu sein. Es wird davor gewarnt, schweizerische Kontingente in Einsätze zu schicken, in denen deren Überforderung absehbar wäre.

### 3.2. Rechtliche Stellung der Angehörigen

#### 3.2.1. Art.3. (Freiwilligkeit)

Das Prinzip der Freiwilligkeit für Angehörige von Blauhelmkontingenten wird in keiner Stellungnahme in Frage gestellt. Verschiedene Kantone betonen, dass absolute Freiwilligkeit eine wesentliche und unverrückbare Anforderung ist.

Der Entwurf sieht vor, Blauhelmsoldaten aus Angehörigen der Armee zu rekrutieren. Die CVP fordert folgende Ergänzung: "In die Blauhelmsoldaten können aktive Angehörige und ausnahmsweise ehemalige Angehörige der Armee aufgenommen werden, die sich freiwillig melden und die entsprechende Ausbildung absolviert haben" (auch GL). Die SPS sieht die Beschränkung des Rekrutierungspotentials auf Angehörige der Armee als nicht zwingend. Der SFR befürwortet eine Erweiterung auf "Freiwillige, die geeignet sind".

#### 3.2.2. Art.4 (Dienstverhältnis)

Nach Ansicht des SFR sollen Angehörige der Blauhelmsoldaten nach den Bedingungen der Beamtenordnung eingestellt werden.

#### 3.2.3. Art.5 (Anrechnung an die Militärdienstpflicht)

Einzig VS spricht sich strikt gegen die Anrechnung von UN-Einsätzen an die Dienstpflicht an; argumentiert wird damit, dass zwischen dem Auftrag der Armee und Blauhelmsoldaten keinerlei Zusammenhang bestehe. Eine restriktive Anrechnung befürworten BE, FR und JU, wobei auf die Unterschiede zwischen nach zivilen Kriterien bezahltem UNO-Einsatz und besoldeter Dienstpflicht in der Schweiz hingewiesen wird.

SPS und SFR lehnen die Zuständigkeit der Militärjustiz ab. Das Anstellungsverhältnis der Blauhelm-Angehörigen impliziert nach Meinung der SPS die Zuständigkeit ziviler Gerichte. Gemäss SVP muss gewährleistet sein, dass Blauhelmmangehörige im Einsatz ausschliesslich schweizerischer Gerichtsbarkeit unterstehen.

### 3.3. Ergänzende Anregungen und Vorschläge

#### 3.3.1. Kosten

Die Kostenfrage wird unter dreierlei Gesichtspunkten diskutiert: a) deren Höhe, b) die Verteilung zwischen EDA und EMD, c) zusätzliche Stellen für EDA und EMD.

a) Die im Zusatzbericht in Aussicht gestellten Kosten stellen einen eigentlichen Stein des Anstosses dar. Das Spektrum der Bedenken reicht dabei von grundlegender Ablehnung der vorliegenden Schätzungen (AI, GR) bis zur eher allgemein gehaltenen Forderung, nach Möglichkeiten zur Kostensenkung zu suchen (FR, SFV). Die CVP sieht Hang zu perfektionistischen Lösungen, fordert Schwergewichtsbildung und macht ihre definitive Zustimmung zum Entwurf von weiteren Informationen zur Finanzierung abhängig.

An Einzelaspekten werden hervorgehoben: Überhöhte Gehälter für Studenten und Lehrlinge (GL), übertriebener Voranschlag für Material und Ausrüstungsbeschaffung (SGA), Einsparungen bei Bewaffnung (GPS). Die FDP fordert bessere Ausnützung von bereits beschafftem Material und bestehender Infrastruktur, auch im Ausland.

b) Das Gros der Kantone vertritt die Ansicht, dass es sich bei friedenserhaltenden Operationen primär um eine Dimension der Aussenpolitik handelt. Entsprechend sind die Kosten teilweise (GL, FR, SO, BL, UR, LU, GR, VD) oder vollumfänglich durch das EDA zu tragen, dies umso mehr, als die Armee

Für grosszügigere, wenn auch nicht näher definierte Anrechnung spricht sich die GPS aus. UR und FR schlagen vor, die Ausbildung, nicht aber den Einsatz an die Dienstpflicht anzurechnen.

Generell grosszügige Anrechnung befürwortet BS, vor allem hinsichtlich der mit dem Einsatz verbundenen physischen Gefahren.

NW, BL, VD, SPS und SFR sind der Ansicht, dass Blauhelmeinsätze zur Gänze an die Dienstpflicht anzurechnen seien. Für die LPS kommen Blauhelmeinsatz aktivem Dienst gleich und ist entsprechend anzurechnen.

#### 3.2.4. Art.6 (Militärversicherung)

Die Notwendigkeit eines umfassenden Versicherungsschutzes für die Angehörigen der Blauhelmtruppen wird betont, wobei die meisten Stellungnahmen sich für (GL), oder zumindest nicht gegen die Zuständigkeit der Militärversicherung aussprechen. Änderungsbedarf sehen SFV und SFR. Letzterer regt an, die Verordnung über den Einsatz von Personal bei friedenserhaltenden Aktionen und Guten Diensten vom 22.2.89 zu übernehmen.

Die CVP fordert eine angesichts des erhöhten Risikos im Einsatz eine Ergänzung des vorliegenden Artikels im Sinne von zusätzlichem, die Leistungen der Militärversicherung übersteigenden Versicherungsschutz im Todes- und Invaliditätsfall.

#### 3.2.5. Art.7 (Strafrechtliche Verantwortung)

Die CVP sieht zusätzlichen Regelungsbedarf für strafrechtliche Verantwortung im Fall von Ausgang in Zivilkleidern und bei Vergehen durch Angehörige von Blauhelmtruppen, die unter die Polizeigewalt oder Gerichtsbarkeit des Einsatzlandes fallen.

BL betrachtet die vorliegende Regelung des Disziplinarwesens als wenig sinnvoll und nicht stufengerecht.

in letzter Zeit bereits beträchtlichen finanziellen Kürzungen unterworfen worden sei (JU, VS, TI, UR, ZH, OW). Die LPS setzt sich für ein paralleles Militärbudget ein, um in jedem Fall sicherzustellen, dass die Finanzierung von Blauhelmtruppen nicht zulasten von Armee-95 geht.

c) FDP und WFR sind nicht bereit, für die Aufstellung der Blauhelmtruppen zusätzliches Personal zu bewilligen. Die FDP verlangt eine personelle Umverteilung innerhalb des EMD und sieht Möglichkeiten für den Einsatz von Milizoffizieren.

### 3.3.2. Ausbildung

Hinsichtlich Ausbildungsstoff sehen verschiedene Stellungnahmen Ergänzungen vor: Die SGA erachtet politisch-psychologisches Training und Ausbildung in Kriegsvölkerrecht als notwendig. Der SFR fordert eine Zusatzausbildung in Konfliktverhütung und -eindämmung. Auch die SPS fordert die Ausbildung nicht-militärischer Fähigkeiten.

### 3.3.3. Standort des Ausbildungszentrums

GL, im gleichen Sinn auch BS, regt an, die Möglichkeiten der Ausbildung im Ausland ernsthaft zu prüfen. Vorteil dieser Variante sei einerseits Vermeidung des problematischen Nebeneinanders von regulären Einheiten der Schweizer Armee und Blauhelmverbänden, und andererseits einfacherer Zugang zu entsprechendem ausländischen Know-how. Auch BL sieht Schwierigkeiten bei paralleler Waffenplatzbelegung. GSVN und WFS regen die Prüfung möglicher Zusammenarbeit mit anderen neutralen Staaten an.

An konkreten Standortvorschlägen werden durch die jeweiligen Kantonsregierungen Bern/Langnau, Bure, Genf vorgebracht und die entsprechenden Standortvorteile dargestellt.

- 12 -

Für die GPS ist die Standortfrage sekundär; so braucht es ihrer Ansicht nach weniger einen Waffenplatz als ein Friedensforschungsinstitut.

-----



983.79-001

Loi fédérale sur les casques bleus

---

Résultats de la procédure de consultation

## Table des matières

---

	<u>Page</u>
O. REMARQUES PRELIMINAIRES	1
1. LISTE DES AVIS RECUEILLIS	2
1.1. Cantons	2
1.2. Partis représentés au Parlement fédéral	2
1.3. Autres partis	2
1.4. Organisations consultées	2
1.5. Autres organisations et groupements	2
2. APPRECIATION GENERALE DU PROJET	3
2.1. Cantons	3
2.2. Partis représentés au Parlement fédéral	3
2.3. Autres partis	4
2.4. Organisations consultées	4
2.5. Autres organisations et groupements	4

	<u>Page</u>
3. AVIS EXPRIMES SUR DES POINTS PRECIS	5
3.1. Principes	5
3.1.1. Art. 1 (Casques bleus suisses)	5
3.1.2. Art. 2 (Conditions d'engagement)	6
3.2. Statut juridique des militaires	8
3.2.1. Art. 3 (Volontariat)	8
3.2.2. Art. 4 (Rapports de service)	8
3.2.3. Art. 5 (Imputation au service obligatoire)	8
3.2.4. Art. 6 (Assurance militaire)	9
3.2.5. Art. 7 (Responsabilité pénale)	10
3.3. Suggestions et propositions complémentaires	11
3.3.1. Coûts	11
3.3.2. Instruction	12
3.3.3. Emplacement du centre d'instruction	12

## O. REMARQUES PRELIMINAIRES

---

Le 4 mars 1988, le Conseil fédéral a approuvé un concept du DFAE et du DMF fondé sur le rapport concernant la planification de la législature 1987 à 1991. Ce concept prévoit d'apporter un soutien de natures financière, matérielle et personnelle aux efforts internationaux pour la maîtrise pacifique de conflits.

Dans son rapport 90 sur la politique de sécurité de la Suisse, le Conseil fédéral a déclaré que la promotion de la paix était une des missions de l'armée en matière de politique de sécurité. La mise à disposition de casques bleus fait partie de cette mission.

En vue de réaliser son intention, le Conseil fédéral a élaboré un projet de loi sur les casques bleus suisses qu'il a envoyé en procédure de consultation le 10 décembre 1991 aux cantons, aux partis représentés au Parlement fédéral et aux organisations intéressées. Le délai de réponse, fixé au 16 mars 1992, a été respecté par la plupart des organismes consultés.

Au total, 42 réponses ont été recueillies (27 cantons, 8 partis représentés au Parlement fédéral, 1 autre parti, 5 organisations consultées, 3 autres organisations (groupements)).

Le présent rapport constitue un résumé des résultats de la consultation. Afin de ne pas le surcharger, une limitation aux tendances essentielles, aux points critiqués et aux suggestions s'est imposée. Les abréviations entre parenthèses désignent dans chaque cas spécifique l'organisme qui s'est exprimé dans le sens indiqué ou dans un sens analogue. L'énumération des réponses n'a pas la prétention d'être exhaustive.

## 1. LISTE DES AVIS RECUEILLIS

---

### 1.1. Cantons

Tous les cantons

ZH-JU

### 1.2. Partis représentés au Parlement fédéral

Parti suisse des automobilistes	PSA
Parti démocrate chrétien suisse	PDC
Parti radical démocratique suisse	PRD
Parti écologiste suisse	PÉS
Alliance des indépendants	AdI
Parti libéral suisse	PLS
Union démocratique du centre	UDC
Parti socialiste suisse	PSS

### 1.3. Autres partis

Parti démocratique chrétien du Jura

PDC-J

### 1.4. Organisations consultées

Conférence nationale des organisations militaires faïtières	CNOM
Association Suisse - Nations-Unies	ASNU
Association suisse des fourriers	ASF
Association suisse pour la politique étrangère	ASPE
Croix-Rouge suisse	CRS

### 1.5. Autres organisations et groupements

Conseil suisse de la paix	CSP
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police	FSFP
Association des fédéralistes mondiaux	AFM

## 2. APPRECIATION GENERALE DU PROJET

---

### 2.1. Cantons

25 cantons approuvent l'idée de casques bleus suisses ou s'abstiennent d'émettre une critique. Environ le 50 pour cent des réponses attire l'attention sur le fait que la souveraineté cantonale n'est concernée que dans la mesure où des militaires de formations cantonales entrent en ligne de compte pour des engagements de casques bleus ou en ce qui concerne le lieu de l'emplacement du centre de formation.

Malgré leur approbation de principe, deux cantons font des réserves: le canton des GR pose la question de l'opportunité politique de cette création, compte tenu du refus net du peuple et des cantons d'entrer à l'ONU; alors que le canton de ZH est d'avis qu'il faut accorder une priorité aux bases légales de l'armée et de la protection civile 95 et éviter d'encombrer ces projets par l'élaboration simultanée d'un loi sur les casques bleus.

### 2.2. Partis représentés au Parlement fédéral

Sept partis sur huit soutiennent en substance le présent projet de loi. Ils relèvent notamment la solidarité internationale avec la communauté des Etats, la contribution concrète à la politique de paix formulée dans le rapport 90 sur la politique de sécurité, ainsi que le rôle de l'armée dans la promotion de la paix.

Le PDC et le PLS mettent en garde contre le perfectionnisme. L'UDC considère que la mise sur pied de casques bleus suisses n'est pas une exigence prioritaire, compte tenu du fait que d'autres Etats couvrent largement les besoins et que la Suisse ferait mieux de se concentrer sur les unités sanitaires.

Seul le PSA rejette énergiquement le projet. Les arguments lui paraissant de nature fondamentale à cet effet sont les suivants:

Il y aurait une "violente opposition" contre l'engagement de soldats suisses dans le cadre de l'ONU, qui se manifesterait dans les discussions publiques; il conviendrait tout d'abord de combler les lacunes matérielles et personnelles de notre armée; l'ONU serait financièrement surchargée par les opérations actuellement en cours; opposition contre l'engagement de nouveau personnel au DFAE et au DMF.

### 2.3. Autres partis

Le PDC-J approuve le présent projet.

### 2.4. Organisations consultées

La totalité des organisations consultées appuie le projet. Alors que la CRS s'exprime avec la retenue qui fait partie de sa fonction, l'ASNU propose d'examiner la possibilité de réaliser la loi par étapes, afin de ne pas mettre en danger le projet par un perfectionnisme exagéré.

### 2.5. Autres organisations et groupements

L'AFM et le CSP saluent positivement la création de casques bleus suisses.

Pour sa part, la FSFP approuve également l'idée de troupes suisses de casques bleus. Elle est cependant d'avis que des troupes de milice devraient être formées, qui pourraient être engagées pour la protection des représentations diplomatiques et lors des conférences internationales se tenant en Suisse. Lorsque la population suisse aura approuvé son adhésion à l'ONU, la troupe pourrait par ailleurs étendre ses activités dans des actions en faveur du maintien de la paix à l'étranger.

### 3. AVIS EXPRIMES SUR DES POINTS PRECIS

---

#### 3.1. Principes

##### 3.1.1. Art. 1 (Casques bleus suisses)

La limitation du projet à la mise sur pied de casques bleus en faveur des Nations-Unies suscite les amendements suivants:

- Développer le présent projet pour en faire une "Loi fédérale sur l'engagement de troupes suisses dans le cadre d'actions de maintien de la paix des Nations-Unies" (UDC), c'est-à-dire créer une base légale pour les casques bleus et les bérets bleus. Un tel développement de la loi est également préconisé par les cantons JU, GE, VS, TI, FR, BE, ainsi que par l'ASPE.
- Le canton de VD est même d'avis que l'engagement de casques bleus nécessite la création d'une base constitutionnelle.
- Elargir le cadre institutionnel afin de permettre la mise à disposition de casques bleus suisses à d'autres organisations et institutions internationales, pour des opérations de maintien de la paix, par exemple la CSCE (PRD, ASPE). Le PDC est du même avis, mais pense que ce but devrait être formulé dans la nouvelle loi sur l'organisation militaire.

Le PDC propose la modification suivante de l'art. 1, 2e al.: "Il définit les effectifs, la composition et l'**instruction** de ces troupes."

VD demande que les instructeurs et les militaires des casques bleus ne soient pas comptés dans les effectifs d'armée 95.



### 3.1.2. Art. 2 (Conditions d'engagement)

La condition mentionnée dans le projet selon laquelle il faut l'assentiment de toutes les parties au conflit pour un engagement de casques bleus est considérée comme importante dans de nombreuses réponses, eu égard à la compatibilité entre la neutralité et l'engagement de casques bleus. A l'exception de celle du PSA, aucune autre réponse n'exprime de doute en relation avec notre politique de neutralité.

NW et GR considèrent que l'art. 2 du projet présente des lacunes, notamment en ce qui concerne l'effectif réglementaire maximum, les aspects fondamentaux de l'instruction et en particulier l'utilisation d'infrastructures d'instruction existantes. Ils souhaiteraient que ces problèmes soient également traités dans le texte de loi.

S'agissant de l'art. 2, les réponses recueillies se concentrent essentiellement sur les cinq points suivants: a) devoir d'information du Conseil fédéral à l'égard du Parlement, b) délimitation des compétences entre le DFAE et le DMF, c) ordonnance précisant les détails, d) droit des cantons à donner leur avis, e) capacité d'engagement.

a) Le PLS appuie en principe la délégation au Conseil fédéral de la décision d'engagement, souhaite cependant que celui-ci fasse rapport à la commission des affaires étrangères des Chambres.

b) La répartition des compétences entre le DFAE et le DMF est appréciée de manières diverses: D'une manière générale, les cantons ont plutôt tendance à confier l'appréciation politique et les négociations au DFAE, le DMF ayant un droit de coopération pour les possibilités concrètes d'engagement. Cependant, les cantons sont d'accord de laisser au

DMF la gestion des problèmes opératifs. Le PDC et le PRD sont également partisans d'une définition claire des compétences et des attributions des deux départements; le PDC considère qu'il est particulièrement important que la subordination du commandant des opérations soit clairement définie. Alors que l'ASPE souhaite répartir équitablement la gestion entre les deux départements, le PÉS et le CSP seraient d'avis d'attribuer cette conduite au DFAE uniquement. Dans ce contexte, le PSS propose la modification suivante du texte: "(...) délégué au Département fédéral des affaires étrangères qui, pour les problèmes de logistique, collabore avec le Département militaire fédéral."

c) Dans plusieurs réponses est exprimée la nécessité d'élaborer une ordonnance relative à l'engagement opératif, qui concrétiserait le projet de loi. Dans cette ordonnance, il serait possible de définir clairement les compétences du DFAE et du DMF.

d) Dans le même contexte d'ordonnance d'application, les cantons ZH, OW, AI et GR exigent d'être entendus par la Confédération lorsque des militaires de formations cantonales sont prévus pour être engagés comme casques bleus. Ces cantons veulent éviter que les cadres des formations cantonales soient affaiblis au point de mettre en question l'instruction dans les cours de répétition.

e) Bien que ce ne soit pas directement en rapport avec le projet de loi, il faut mentionner que 4 cantons (BE, ZH, OW, GR) soulignent que lors d'une éventuelle décision d'engagement, il convient de rester conscient du niveau d'instruction de nos troupes qui est inférieur à des forces armées professionnelles. Ces cantons mettent en garde

contre le risque de mettre des contingents de casques bleus dans des situations qui manifestement dépasseraient leurs possibilités.

### 3.2. Statut juridique des militaires

#### 3.2.1. Art. 3 (Volontariat)

Le principe du volontariat des membres de contingents de casques bleus n'est mis en doute par aucune des instances consultées. Plusieurs cantons soulignent qu'un volontariat total est une exigence essentielle et incontournable.

Le projet prévoit de recruter les casques bleus parmi les militaires de l'armée. Le PDC demande le complément suivant: "Peuvent être recrutés pour les contingents de casques bleus des militaires actifs et exceptionnellement des anciens militaires de l'armée qui s'annoncent volontairement et qui ont reçu l'instruction nécessaire" (idem pour GL). Le PSS ne considère pas qu'il faut limiter les possibilités de recrutement aux militaires. Le CSP demande que le recrutement soit élargi aux "volontaires ayant les capacités voulues".

#### 3.2.2. Art. 4 (Rapports de service)

Selon le CSP, les membres des casques bleus devraient être engagés exclusivement selon les conditions du statut des fonctionnaires.

#### 3.2.3. Art. 5 (Imputation au service obligatoire)

Seul le VS est strictement opposé à ce que les engagements dans le cadre des casques bleus soient imputés au service obligatoire. Il allègue à ce propos qu'entre la mission de l'armée et les

engagements des casques bleus il n'y a aucune commune mesure.

BE, FR et JU approuvent une imputation restrictive tout en attirant l'attention sur la différence entre les engagements pour l'ONU, payés selon des critères civils, et le service militaire obligatoire soldé en Suisse.

Le PÉS est partisan d'une pratique généreuse en matière d'imputation au service obligatoire. UR et FR proposent de ne prendre au compte des jours de service obligatoires que le service d'instruction pour les casques bleus, mais non les engagements. Le canton de BS est également partisan d'une pratique généreuse en matière d'imputation au service obligatoire, notamment en raison des dangers physiques qui découlent des engagements.

NW, BL, VD, PSS et CSP sont d'avis que les engagements des casques bleus doivent être imputés entièrement au service obligatoire. Pour le PLS, les engagements de casques bleus sont équivalents à du service actif et doivent être imputés en conséquence au service obligatoire.

#### 3.2.4. Art. 6 (Assurance militaire)

La nécessité d'une protection des membres des casques bleus par une assurance performante est soulignée d'une manière générale et la plupart des réponses s'expriment en faveur de l'assurance militaire ou du moins n'y sont pas opposées.

L'ASF et le CSP présentent des amendements. Ces derniers suggèrent de reprendre les dispositions de l'ordonnance sur l'engagement de personnel dans les actions de maintien de la paix et de bons offices du 22 février 1989. Le PDC demande que, compte tenu du risque accru lors des engagements, le présent article soit complété par une couverture supplémentaire plus importante que celle de l'assurance militaire, en cas de décès ou d'invalidité.

**3.2.5. Art. 7 (Responsabilité pénale)**

Le PDC et l'UDC estiment qu'il est important que les membres des contingents de casques bleus soient soumis à la juridiction des tribunaux suisses pour toute la durée de leur engagement. Le PSS estime que les rapports d'engagement des membres des contingents de casques bleus impliquent la compétence des tribunaux civils. BL considère que la présente réglementation en matière disciplinaire est peu judicieuse et ne correspond pas au niveau de la loi. Le PSS et le CSP rejettent la compétence de la justice militaire.

### 3.3. Suggestions et propositions complémentaires

#### 3.3.1. Coûts

Le problème des coûts est considéré à trois points de vue: a) leur montant, b) leur répartition entre le DFAE et le DMF, c) les emplois supplémentaires au DFAE et au DMF.

a) L'estimation des coûts qui a été faite dans les commentaires suscite en partie des hésitations. Celles-ci vont du refus total de la présente estimation (AI, GR) jusqu'à l'exigence formulée en termes généraux de chercher des possibilités d'économie (FR, ASF). Le PDC craint une tendance au perfectionnisme, demande que des priorités soient formulées et estime qu'il ne pourra approuver le projet qu'après avoir reçu d'autres informations quant aux incidences financières. Les points particuliers qui sont critiqués ou suggérés sont les suivants: salaires trop élevés pour les étudiants et les apprentis (GL), budget exagéré pour l'acquisition de matériel et d'équipement (ASPE), économie sur l'armement (PÉS). Le PRD exige une meilleure utilisation du matériel et des infrastructures que nous possédons déjà.

b) Le gros des cantons est d'avis que les actions de maintien de la paix ont avant tout une dimension de politique étrangère. Dans ce sens, ils estiment que les coûts doivent être imputés partiellement (GL, FR, SO, BL, UR, LU, GR, VD) ou totalement au DFAE, compte tenu notamment que l'armée a été soumise à d'importantes contraintes financières ces derniers temps (JU, VS, TI, UR, ZH, OW). Le PLS est d'avis qu'il faut créer un budget militaire parallèle afin d'assurer en tout état de cause que le financement des contingents de casques bleus ne se fasse pas au détriment d'armée 95.

c) Le PRD évoque la possibilité d'engager des cadres de milice afin d'économiser des emplois. L'AFM est opposée à ce que du personnel fédéral supplémentaire soit engagé.

### 3.3.2. Instruction

Plusieurs réponses prévoient des compléments à la matière d'instruction: L'ASPE considère qu'un entraînement psycho-politique et une instruction en matière de droit des gens sont indispensables. Le CSP demande une instruction complémentaire en matière de polémologie et de prévention de conflits. Le PSS également demande qu'une instruction soit dispensée sur des matières non militaires. L'ASNU et l'AFM suggèrent d'examiner les possibilités de collaboration avec d'autres Etats neutres.

### 3.3.3. Emplacement du centre d'instruction

En principe, il n'y a pas d'opposition à ce que l'instruction ait lieu en Suisse. Des propositions concrètes d'emplacement sont faites par certains gouvernements cantonaux en ce qui concerne Berne/Langnau, Bure, Genève; les avantages de ces emplacements sont évoqués. GL et BS suggèrent d'étudier la possibilité de dispenser l'instruction à l'étranger. Ils y voient l'avantage d'éviter le parallélisme entre les troupes régulières et les contingents de casques bleus et, d'autre part, de meilleures possibilités d'acquérir le savoir-faire et l'expérience des contingents étrangers. BL voit surgir des difficultés en cas d'occupation parallèle par les casques bleus et les troupes régulières de certaines de nos places d'armes.

- 13 -

Pour le PÉS, l'emplacement où a lieu l'instruction est secondaire; il estime que ce n'est pas une place d'armes dont nous avons besoin, mais d'un institut d'études de la paix.

---